

Nonstop Beratung beim MhM-Team

Sonderberatung Mieterhöhung + Nebenkosten
16. Januar 2018
von 10 bis 16 Uhr in der MhM-Zentrale Bartelsstraße 30

Mieter helfen Mietern
Hamburger Mieterverein e.V.
www.mhmhamburg.de
040 / 431 39 40

Wenn Kinderfotos die Runde machen

In sozialen Netzwerken wird vieles hochgeladen, auch öffentlich-rechtliche Sender verbreiten mittlerweile Inhalte auf Facebook. Neben Fotos von sich selbst posten viele Menschen auch die ihrer Kinder. Rechtlich ist das problematisch

Von **André Zuschlag**

Das zensierte Foto eines Kleinkindes auf Facebook sorgte für Aufmerksamkeit. Darunter stand: „Liebe Mama, lieber Papa, wenn wir uns in 15 Jahren zu Hause das Fotoalbum gemeinsam anschauen, dann kann ich bestimmt herzlich mit euch darüber lachen. Aber habt ihr schon mal darüber nachgedacht, dass ich mir selbst aussuchen möchte, wen ich mit ins Fotoalbum schauen lasse?“

Das Deutsche Kinderhilfswerk hatte das Foto auf Facebook veröffentlicht. Mit diesem Post startete es eine Kampagne, um Eltern darüber aufzuklären, was es bedeutet, wenn sie Fotos ihrer Kinder in den sozialen Medien wie Facebook oder Instagram hochladen oder über WhatsApp verbreiten. Schließlich haben auch Kinder Persönlichkeitsrechte.

Rechtlich betrachtet kommt hier das „besondere Persönlichkeitsrecht“ zum Tragen, in dem das Recht am eigenen Bild gesichert ist. „Natürlich könnte man sagen, dass Eltern aufgrund ihres Sorgerechts im Namen der Kinder entscheiden dürfen, wenn sie Bilder von ihnen hochladen“, sagt Stefan Dirks, Fachanwalt für Urheber- und Medienrecht. „Aber so einfach ist es nicht.“ Zwar gilt das Sorgerecht, bis die Kinder 18 Jahre alt sind, „allerdings gelten Minderjährige ab etwa 14 Jahren als einseitsfähig. Ab dann dürfen auch die Eltern nicht ohne ihre Zustimmung Bilder hochladen“, sagt Dirks. Bis zu diesem Alter liegt die Verantwortung bei den Eltern, danach könnten sie sich mitunter strafbar machen, denn die Risiken können von den Kindern dann eigenständig eingeschätzt werden.

Das Ergebnis einer vom Kinderhilfswerk im Auftrag gegebenen Studie kommt zu dem Schluss, dass einem Großteil der Eltern das Problembewusstsein für die Persönlichkeitsrechte ihrer Kinder fehlt. Demnach hole sich weniger als ein Drittel der Eltern die Erlaubnis ihrer Kinder ein, wenn sie ein Foto von ihnen posten wollen. „Viele teilen augenscheinlich unüberlegt Fotos von Kindern über soziale Netzwerke“, kritisiert Thomas Krüger, Präsident des Kinderhilfswerks.

Sind Fotos einmal im Netz, geht die Kontrolle darüber weitgehend verloren. Wenn die älter

gewordenen Kinder von den Eltern einmal verlangen, die einst ins Netz gestellten Fotos zu löschen, können andere die Fotos da längst kopiert, verfremdet und verbreitet haben. Auch Unternehmen können solche Fotos nutzen, um Informationen über Hobbys oder Gewohnheiten zu sammeln. Nicht zuletzt könnten Fotos in den Händen von Pädophilen landen, die sie auf anderen Plattformen teilen.

Das Kinderhilfswerk hat deshalb einige Tipps dazu veröffentlicht, was Eltern beachten sollten. Etwa dass zu hochgeladene Fotos nicht gleichzeitig persönliche Daten der Kinder veröffentlicht werden sollten. Oder dass es für die Bildausgabe meist nicht zwingend notwendig ist, das Gesicht des Kindes zu zeigen.

Facebook beansprucht weltweite Nutzungsrechte

Generell sollte beim Hochladen von Inhalten auf soziale Medien, ob nun Bilder von den Kindern oder von sich selbst, klar sein, dass man gewisse Rechte abgibt. „Du gewährst uns eine nicht-exklusive, übertragbare, unterlizenzierbare, gebührenfreie, weltweite Lizenz für die Nutzung jedweder IP-Inhalte, die du auf bzw. im Zusammenhang mit Facebook postest“, heißt es in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen von Facebook, denen Nutzer durch die Anmeldung zustimmen; sie erteilen der Plattform das sogenannte einfache Nutzungsrecht für allen Medien, die sie hochladen.

„Soziale Medien wie Facebook funktionieren nur so, dass die Nutzer gewisse Rechte an das Unternehmen abgeben“, sagt der Jurist Dirks. So wird etwa das eigene Profilbild, wenn jemand einen Inhalt geteilt hat, benutzt, um es für andere sichtbar zu machen. „Wenn Facebook allerdings anfangen würde, Werbungen mit Profilbildern von Nutzern zu schalten, wäre das rechtswidrig. Denn damit kann ein Nutzer im Traum nicht rechnen“, sagt Dirks.

Ein anderer, noch recht junger Aspekt, der soziale Medien betrifft, dreht sich um die Jugendformate der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Solche Plattformen wie etwa „funk“ von ARD und ZDF

oder „Bremen Next“ verbreiten ihre Inhalte in großen Teilen über soziale Medien. Wenn gleich die privaten Medienunternehmen solche Angebote heftig kritisieren, weil damit die Unternehmen wie Facebook gestärkt würden, ist das zumindest rechtlich problemlos. „Da weder private noch öffentliche Nutzer Facebook Geld bezahlen, um die Plattform zu nutzen, kann man auch nicht sagen, dass Facebook auf Umwegen gebührenfinanziert würde“, sagt Dirks.

Der öffentlich-rechtliche Runkfunk sieht in der Präsenz in den sozialen Medien eine Notwendigkeit. „Wenn wir unsere Zielgruppe erreichen wollen, müssen sie da hin, wo Jüngere unterwegs sind. Das sind eben soziale Medien wie Facebook oder Instagram“, sagt Michael Glöckner von Radio Bremen. Bei Bremen Next versuche man, die Angebote immerhin auf möglichst viele soziale Medien zu verteilen, um niemanden zu bevorteilen. An den sozialen Medien jedoch führe kein Weg vorbei, denn es besuche schlicht fast niemand die Mediathek von Bremen Next. „Natürlich ist das unser Ziel, aber in diesem Dilemma stecken wir nun mal“, sagt Glöckner.

Darüber hinaus könnten auch die Facebook-Seiten der öffentlich-rechtlichen Sender schon bald vor dem Aus stehen. Derzeit läuft vor dem Europäischen Gerichtshof eine Klage des unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein. Das hatte die Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein aufgefördert, ihre „Fanpage“ auf Facebook zu deaktivieren, weil die Besucher der Seite nicht darüber informiert würden, dass Facebook personenbezogene Daten darüber sammelt. Aus Sicht des Landeszentrums sei das ein datenschutzrechtlicher Verstoß, der auch in der Verantwortung des Fanpage-Betreibers liege und nicht allein bei Facebook. Auch wenn es noch kein endgültiges Urteil gibt, schätzt der Jurist Dirks, dass das Gericht der Ansicht des Landeszentrums folgen werde.

Dann wären Fanpages, wie es auch die Jugendformate der Rundfunkanstalten haben, in ihrer jetzigen Form unzulässig. „Gerade eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt“, sagt Dirks, „hat auch eine Fürsorgepflicht für seine Zuschauer, der hier nicht nachgegangen wird.“

Gerlinde Ebert

Rechtsanwältin
Notarin & Mediatorin
Fachanwältin für Familienrecht
Tel. 0421/7 1010

Kaja Woltmann-Becke

Rechtsanwältin & Mediatorin
Fachanwältin für Familienrecht
Tel. 0421/32 04 70

Philipp Beckmann

Rechtsanwalt
Miet-, Verkehrs-, Arbeitsrecht
Tel. 0421/32 04 70

Iris Schröder

Rechtsanwältin & Mediatorin
Privates Baurecht
Tel. 0421/79 09 502

Dr. Laura Adamietz

Rechtsanwältin & Mediatorin
Familien-, Trans*genderrecht
Tel. 0421/168 24 27

Contrescarpe 46
28195 Bremen



Mieterhöhungsmigräne?
Unser Rat zählt.

Jetzt Mitglied werden

Mieterverein zu Hamburg

im Deutschen Mieterbund DMB

879 79-0

mieterverein-hamburg.de

pressback

monatlicher hamburger newsletter:
überwachung überwachen

<http://pressback.blogspot.de>
pressback@rote-hilfe.de

Rote Hilfe e.V. - OG Hamburg
Postfach 306302 · 20329 Hamburg
www.rote-hilfe.de/hamburg
hamburg@rote-hilfe.de

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Konto-Nr.: 846 10 203
BLZ: 200 100 20 · Postbank HH

ARBEITSRECHTS KANZLEI HAMBURG

Wir beraten Arbeitnehmer*innen und Betriebsräte!

Heike Brodersen | Barbara Ede | Carola Greiner-Mai | Torsten Hasse | Thomas Mammitsch | Maren Ballwanz | Dr. Arendt Gast | Christian Schoof

Dammtorwall 7a | 20354 Hamburg
Telefon 040 355371-0 | Fax 040 355371-22
buer@arbeitsrechtskanzlei-hh.de | www.arbeitsrechtskanzlei-hh.de

ANWALTSBÜRO AM SCHLUMP



Diplom-Volkswirtin
KATHARINA F. BOEHM
Rechtsanwältin und Fachanwältin
Fachanwältin für Familienrecht und für Miet- und Wohnungseigentumsrecht
Schröderstiftweg 2 · 20146 Hamburg
Tel. (040) 422 65 30 Fax (040) 422 65 20
boehm.rechtsanwaeltin@schanzenhof.de
www.schanzenhof.de

DAS Rechtsanwaltsbüro
für Arbeitnehmer/innen und Betriebsräte:
Dr. Bertelsmann und Gäbert

- ANJA BEHNKEN**
- DR. JÜRGEN KÜHLING***
- DR. KLAUS BERTELSMANN*
- GABRIELE LUDWIG*
- JENS GÄBERT*
- ANETTE PRZYBILLA-EISELE*

* Fachanwältin für Arbeitsrecht
** Fachanwältin für Sozialrecht und für Arbeitsrecht
*** Richter des BVerfG a. D.

Osterbekstraße 90c
22083 Hamburg (beim Arbeitsgericht)
Tel.: 0 40 / 2 71 30 13 · Fax: 0 40 / 30 03 29 75
www.bertelsmann-gaebert.de

Die Ansprechpartner für Arbeitnehmer und Betriebsräte

MÜLLER-KNAPP · HJORT · WULFF Partnerschaft

☎ 040 . 650 666 90 · Kaemmererufer 20 · 22303 Hamburg-Winterhude
www.arbeitsrechtsanwaelte-hamburg.de

Klaus Müller-Knapp*, Jens Peter Hjort*, Manfred Wulff*, Andreas Bufalica*, Dr. Julian Richter*, Dr. Heiner Fechner, Christopher Kaempf, Dr. Ragnhild Christiansen, Daniela Becker

* Fachanwältin für Arbeitsrecht



ArbeitnehmerAnwälte

Wenn streiten, dann richtig

Mediation

Die erfolgreiche Art Ihre Konflikte zu lösen

Hinrich Geelvink
Mediator und Rechtsanwalt

49076 Osnabrück Tel. 0541/ 21278
Lürmannstr. 34

BAUMANN CZICHON

RECHTSANWÄLTE · FACHANWÄLTE FÜR ARBEITSRECHT · MEDIATION
AM HULSBERG 8 · 28205 BREMEN · FON 0421 439 33 44
ARBEITSRECHT@BREMEN.DE · WWW.BAUMANN-CZICHON.DE

Kämpfer für den Frieden

Das Norddeutsche Netzwerk Friedenspädagogik wirbt für Alternativen zur Kriegslogik. Nächste Tagung im Februar

Von Joachim Göres

Es sind Aktionen wie die vor dem Internationalen Maritimen Museum in Hamburg, mit der das Norddeutsche Netzwerk Friedenspädagogik für Gewaltfreiheit werben will: Bunte Strickkunst umhüllte da vor drei Jahren die Kanonen des Flaggschiffs Lord Nelsons. Die Aktion unter dem Motto „Präservative für Kanonen“ sollte den Blick auf die kritiklose Darstellung von Waffen und Gewalt in dem Museum lenken.

In dem Netzwerk haben sich Gruppen wie der Verein „Kulturpixel“, das „Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation“ (siehe Text unten), die „Peace Brigades International“ sowie kirchliche Initiativen zusammengeschlossen, die sich für Gewaltfreiheit bei Konflikten zwischen Individuen, Gesellschaften und Staaten einsetzen.

„Unsere Kurse zum Thema Flüchtlinge und Fluchtursachen sind ausgebucht“, sagt Pastor Lutz Krügener, Referent für Friedensarbeit in der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover. Gleichzeitig nehme bei engagierten Menschen die Haltung zu, dass einem nichts anderes mehr übrig bleibe, als militärisch einzugreifen.

Kein radikaler Pazifismus

Krügener bildet unter anderem Multiplikatoren aus, die in Schulen oder Kirchengemeinden Projekte zu Themen wie Gewalt, Rassismus, globale Gerechtigkeit oder Flüchtlinge durchführen. Dabei sieht er in dem Netzwerk keinen Konsens für eine radikalpazifistische Haltung. „Militärische Gewalt ist die Ultima Ratio und der 100. Schritt in einem Konflikt. Ich will über die 99 Schritte davor sprechen“, sagt er.

Die Netzwerker wollen zeigen, wie erfolgreich Vermittlungsbemühungen in Konflikten sein können. Die Wanderausstellung „Peace Counts. Die Erfolge der Friedensmacher“ präsentiert Reportagen über Menschen unter anderem in Indien, Armenien und dem Libanon, die über ethnische, religiöse und politische Barrieren hinweg verfeindete Lager zusammengebracht haben. „Es gibt viele erfolgreiche zivile Ansätze, doch sie dringen nicht in die Öffentlichkeit durch“, sagt Krügener.

Paul Steffen sieht das etwas

anders. Er ist Politikwissenschaftler an der „Jungen Akademie für Zukunftsfragen“ im evangelischen Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein und wie Krügener im Netzwerk aktiv: „Es stimmt zwar, dass Geschichten, die in ‚Peace Counts‘ erzählt werden, oft in der aktuellen Berichterstattung über Konflikte und Kriege untergehen“, sagt er. Aber: „In Hamburg haben wir die Ausstellung in Schulen gezeigt und die Resonanz war sehr positiv.“

Durch die Fluchtbewegungen sei in Deutschland das Verständnis für globale Ungerechtigkeiten gestiegen. „In meinen Kursen zum Thema Islam und Vorurteil berichten Menschen immer wieder von ihren positiven Erlebnissen mit Flüchtlingen und gleichzeitig von ihrer Angst vor Terror. Es ist befreiend, darüber sprechen zu können“, sagt Steffen.

Mit seinen Ideen muss sich das Netzwerk dabei mittlerweile gegen mächtige Konkurrenz behaupten: Die Bundeswehr wirbt in Schulen verstärkt um Nachwuchs mit kostenlosen Vorträgen. Teilweise auch spielerisch: In „Polis“, einem interaktiven Planspiel der Bundeswehr, dessen Name für „Politik und Internationale Sicherheit“ steht, übernehmen Schüler unter anderem die Rolle von Staaten.

Eine andere Perspektive bietet da das von Friedenspädagogen entwickelte Planspiel „Civil Powder“, in dem Schüler überlegen können, wie man einen Konflikt friedlich löst und welchen Einfluss Individuen, Initiativen und Unternehmen in Deutschland ausüben können – zum Beispiel durch Demonstrationen und Kontakte zur betroffenen Bevölkerung in einer Krisenregion oder durch das Einfrieren von Kapital.

Dass das Spiel weniger bekannt ist als das der Bundeswehr, liegt für Krügener auf der Hand. „Anbieter für einen Projekttag mit Civil Powder wie die Peace Brigades sind auf Honorare und Fahrtkosten angewiesen, im Gegensatz zur Bundeswehr.“

Bereits seit zehn Jahren organisiert das Netzwerk einmal im Jahr eine Fachtagung für alle Interessierten mit Vorträgen und Workshops. Die nächste findet vom 22. bis 24. Februar in Bad Bevensen statt. Unter anderem wird ein OSZE-Beobachter über seine Erfahrungen beim Einsatz in der Ukraine sprechen.

netzwerk-friedenspaedagogik.de

Mediation gefragt: Werden bei Bauprojekten Arbeiten nicht korrekt ausgeführt, ist das für Gruppen, die als Bauträger auftreten, eine besondere Herausforderung
Foto: Klaus-Dietmar Gabbert/dpa



„Bauen in der Gruppe bedingt auch mit Enttäuschungen“

Kollektive Bau- und Wohnprojekte laufen nicht immer harmonisch ab. Schon bei der Planung durch ruhestörende Nachbarn nach dem Einzug – lauern Konflikte. Mediatoren können

Interview André Zuschlag

taz: Herr Lange, wann benötigen Baugemeinschaften und Wohnprojekte Mediatoren?

Ralf Lange: Wenn Menschen gemeinsam ein Haus bauen und bewirtschaften möchten, geht das häufig nicht reibungslos vonstatten. In der Regel ist eine Mediation äußerst selten nötig. Die Lawaetz-Stiftung hatte als Projektentwicklerin von bislang fast 100 Baugemeinschaftsprojekten noch keinen Mediationsfall. Ich selbst konnte als Mediator außerhalb meiner Arbeit als Baubetreuer der Lawaetz-Stiftung bislang fünf Baugemeinschaften im Rahmen einer Mediation unterstützen. Meistens geht es dabei darum, dass die Gruppe einen schwierigen Klärungsprozess entweder in Eigenregie oder mit externer Unterstützung organisiert.

Kriegt man das nicht alleine hin?

Ob die Gruppe diesen Ausgleich der Interessen ohne weitere Unterstützung von außen schafft, hängt stark von den handelnden Akteuren und deren Kompetenzen ab. Eine Mediation kann dabei helfen, in festgefahrenen Situationen wieder Bewegung in den Klärungsprozess zu bringen.

Was sind typische Anlässe für Konflikte?

Da stellt sich zunächst die Frage: In welcher Phase des Bauprojekts befinden wir uns gerade? Am Anfang steht die Gruppen- und Ideenfindung. Hier kann es bereits unterschiedliche Interessen, Wünsche und Ziele der Initiatoren geben. Diese möglichen Differenzen müssen transparent gemacht und ausgehandelt werden. Dann muss die Gruppe ein geeignetes Grundstück finden, auf das sich alle Beteiligten einigen können. Danach folgt

die Planungsphase, die in enger Zusammenarbeit mit Architekten, Baubetreuern und Fachplanern organisiert wird. Häufig lassen sich nicht alle Wünsche erfüllen, schließlich müssen Finanzierungen und Wirtschaftlichkeitsberechnungen geklärt werden. Bei dieser Entwicklungsarbeit können Spannungen, Irritationen und Frustrationen auftreten, die bei Bedarf im Rahmen einer Mediation bearbeitet werden können.

Und wenn das geklärt ist?

Auch in der Bauphase können Probleme auftreten. Wenn etwa die Aufträge nicht so ausgeführt werden, wie erwartet. Dort können häufig hohe Kostenrisiken entstehen. Und zuletzt können nach dem Einzug ganz klassische Konflikte auftreten wie etwa ruhestörender Lärm oder unterschiedliche Sauberkeitsstandards. Da stellt sich dann vielleicht heraus, dass die Lebensgewohnheiten doch nicht so kompatibel sind, wie anfangs gedacht. Wenn es hier in einer Baugemeinschaft zu Spannungen kommt, können mit dem Instrument der Mediation kreative Lösungen im Dialog gefunden werden. Nach meiner Überzeugung ist es durchaus ein Zeichen von Stärke, wenn die Gruppe anlassbezogen MediatorInnen zur Unterstützung beauftragt.

Welches sind die Momente, in denen die Gefahr eines Scheiterns solcher Bauprojekte am größten sind?

Am Anfang ist die Stimmung üblicherweise gut, alle sind optimistisch und freuen sich über das anstehende Projekt, das gemeinsam gestaltet werden soll. Das erste Nadelöhr erlebe ich bei der Wahl des Grundstücks und im Bewerbungsprozess. Das zweite bei der Wahl eines geeigneten Architekturbüros und bei der nachfolgenden

Planung der Wohnungen. Viele Menschen versprechen sich von dem Projekt sehr viel. Wenn sich diese hohen Erwartungen aber nicht erfüllen lassen, weil das Grundstück oder der Bebauungsplan dies nicht zulassen, kann es schwierig werden. Dann können vitale Partikularinteressen, die einen Kompromiss erschweren, im Wege stehen. Eine Kompromissfähigkeit ist aber erforderlich, wenn das Projekt funktionieren soll.

Was machen Sie als Mediator dann? Die Leute darauf hinweisen, dass sie sich vielleicht gerade etwas egoistisch verhalten?

Nein, denn das wäre eine bewertende und strafende Intervention, die nicht zur Haltung und Aufgabe der Mediation passt. Als Mediator muss ich für alle Beteiligten Empathie entwickeln und deren Perspektiven einnehmen können. Bei Bauprojekten gibt es vitale Eigeninteressen, die nachvollziehbar kommuniziert werden müssen. Zugleich geht es darum, die Beteiligten in der Mediation zu einem Perspektivwechsel zu ermutigen und sich in die Situation der anderen Beteiligten hinein zu versetzen. Dann können die Probleme auch wirklich besprochen und bestenfalls geklärt werden.

Wie geht das konkret?

Zum Beispiel, indem die sachlichen Kernpunkte eines Konfliktes in einer Themenliste zusammengefasst und dann in einem empathischen Dialog bearbeitet werden. Das Ziel einer Mediation ist dabei stets, dass die Parteien gemeinsam Kompromisse und Interessenausgleiche erarbeiten. Sind die Konflikte nicht im Zuge eines Interessenausgleiches zu klären, kann am Ende einer Mediation auch die Trennung ein Thema sein.

Steigende Nachfrage bei der Mediatorenausbildung

Von Joachim Göres

Wie kann ich Konflikte besser lösen? Wie können Krisen durch eine veränderte Kommunikation leichter entschärft werden? Mit solchen Fragen kommen Interessentinnen und Interessenten an einer Mediatorenausbildung zum Hamburger Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation (IKM). „Die meisten Teilnehmer sind Lehrer, Erzieher oder Sozialarbeiter“, sagt Mitarbeiterin Maren Fröhling, „aber immer häufiger melden sich inzwischen junge Leute am Ende ihres Studiums oder Verantwortliche aus Personalabteilungen von Unternehmen

an.“ Das Institut ist dabei durchaus erfolgreich: Die Nachfrage an der Ausbildung steigt, sagt Fröhling.

Das IKM hat in einem bundesweiten Pilotprojekt Bewohner von Flüchtlingsunterkünften in Hamburg zu sogenannten „Community Lotsen“ ausgebildet, die als Ansprechpartner und Ratgeber für Mitbewohner, aber auch als ihre Interessenvertreter aktiv werden. Ein IKM-Grundsatz lautet: „Im Interesse einer demokratischen Entwicklung der Gesellschaft sollte Konfliktlösung primär eine Aufgabe gesellschaftlicher Interaktion sein und erst sekundär eine Frage staatlicher Intervention.“



eutet, zu leben“

Ideenfindung, aber auch bei der Finanzierung – oder gar
en bei Problemen vermitteln

Sie sprachen die Euphorie an, mit der die Gruppen in die Bauprojekte starten. Sind da zu viele Menschen zu blauäugig?

Wer Bauprojekte in einer Gruppe umsetzen will, sollte den Umgang mit Enttäuschung gelernt haben. Auch viel Geduld und Frustrationstoleranz gehören dazu, denn Bauen hat immer mit Unwägbarkeiten zu tun. Dies wird gerne in der Euphorie der Konzept- und Planungsphase übersehen.

Haben Sie als Mediator das Gefühl, gerufen zu werden, wenn's eigentlich schon viel zu spät ist?

Mediatoren sind keine Wunderheiler. Oft werden wir tatsächlich erst sehr spät gerufen. Es wäre wünschenswert, dass die Alarmglocken früher klingeln und der Weg der Mediation im eigenen Interesse beherzt gegangen wird.

Landet der Fall sonst schnell vor Gericht?

Wir kennen in Deutschland die Tradition, dass Konflikte beim Planen und Bauen juristisch geklärt werden. Uns fehlt im Bereich des Planens und Bauens noch eine Mediationstradition, die Schwierigkeiten frühzeitig erkennbar und jenseits einer gerichtlichen Klärung professionell bearbeitbar macht. Ich bin davon überzeugt, dass die Mediation als Verfahren sehr nützlich werden kann, insbesondere für Baugemeinschaftsprojekte. Nicht zuletzt sind Mediationsverfahren häufig kostengünstiger und zugleich schneller im Vergleich zu juristischen Klärungen.

Gibt es dafür genügend Hilfsangebote?

Über die Mediationsverbände gibt es in Deutschland inzwischen einige Mediatoren, die sich auf das Thema Planen und Bauen konzentrieren. Zugleich sollten aus meiner Sicht präventive Maßnahmen und Instrumente stärker po-

pularisiert werden, um die Bauwilligen möglichst früh im Laufe des Prozesses mit dem Mediationsverfahren vertraut zu machen. Gut geklärte Konflikte sind zugleich eine Chance für alle Beteiligten, langfristig zu einem vertrauensvollen Miteinander zu kommen. Diese Lernchance bietet das Verfahren der Mediation im Unterschied zur gerichtlichen Klärung, die häufig Gewinner und Verlierer zurücklässt.



Foto: privat

Ralf Lange

54, ist Mediator sowie als Projektentwickler bei der Lawaetz-Stiftung in Hamburg tätig. Diese setzt sich unter anderem für die Entwicklung alternativer Wohn- und Bauprojekte ein und vermittelt zwischen Behörden und AktivistInnen. So ist die Stiftung auch offizielle Eigentümerin der Roten Flora.

Klage-Ebbe bedroht die Gerichte

Deutsche streiten sich immer mehr – doch die Gerichte haben immer weniger Fälle, weil es immer mehr Mediationen gibt. Über die Ursachen streiten Experten

Es klingt paradox: Die Deutschen streiten sich immer mehr – gleichzeitig haben die Gerichte so wenig Fälle wie schon lange nicht mehr. Die Folge ist, dass Gerichte geschlossen werden könnten. Über die Ursachen streiten die Experten.

Laut dem aktuellen „StreitAtlas“ der Rechtsschutzversicherung Advocard gab es vergangenes Jahr hochgerechnet 25,1 Streitfälle pro 100 Einwohner. 2014 waren es noch 22,3 Streitfälle. „In Deutschland kann man heutzutage immer schneller in einen Streit verwickelt werden“, erklärt Advocard-Chef Peter Stahl. Doch Streit ist ein dehnbarer Begriff: Der Rechtsschutzversicherer versteht darunter jeden Anruf mit einem rechtlichen Problem. Vor Gericht landen davon die wenigsten.

Das Statistische Bundesamt vermeldet seit Jahren sinkende Eingangszahlen an Deutschlands Gerichten: Im Zivilbereich gingen die Eingänge zwischen 2003 und 2016 um 30 Prozent zurück. Auch bei den anderen Gerichten sanken die Klagezahlen um 15 bis 50 Prozent. Einzige Ausnahme: Die Verwaltungsgerichte befanden sich 2016 wegen der Asylverfahren wieder auf dem Niveau von 2003 – zuvor waren die Fallzahlen aber jahrelang gesunken.

Wenn die Klageebbe noch lange anhält, könnten Gerichtsstandorte geschlossen werden. Vor allem betroffen wären wohl kleine Amtsgerichte auf dem Land, vermutet die Rechtsforscherin Caroline Meller-Hannich. Eine Blaupause könnte die Gerichtsstrukturreform in Mecklenburg-Vorpommern sein, die dieses Jahr abgeschlossen wurde: Von einst 21 Amtsgerichten wurden fünf geschlossen und sechs in Zweigstellen umgewandelt. Ein Volksbegehren gegen die Schließungen war gescheitert.

Laut Sven Rebehn, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Richterbundes (DRB), können die Experten über die Ursachen nur spekulieren, weil

„Es spricht einiges dafür, dass Bürger und Unternehmen ihre Konflikte zunehmend außerhalb der Justiz lösen und auf außergerichtliche Mediationen ausweichen“

Sven Rebehn, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Richterbundes

belastbare Studien dazu fehlen. „Es spricht einiges dafür, dass Bürger und Unternehmen ihre Konflikte zunehmend außerhalb der Justiz lösen und auf außergerichtliche Mediationen oder andere Modelle der Streitschlichtung ausweichen“, sagte Rebehn.

Diese Erklärung reicht den Berechnungen des Rechtssoziologen Hubert Rottleuthner zufolge aber nicht aus, um das Phänomen zahlenmäßig zu erklären. Ebenso wenig reichten der demografische Wandel und die gute wirtschaftliche Situation als Ursachen aus. Laut Meller-Hannich liegt es auch nicht an der im internationalen Vergleich moderaten Prozessdauer oder am mangelnden Vertrauen in die Richter: „Sie gelten in der Bevölkerung nach wie vor als unbestechlich und fair“, sagt Meller-Hannich.

Die Rechtsforscherin glaubt aber, dass der sehr formalisierte Prozess rechtliche Laien womöglich vom Gang vor Gericht abschrecken kann. Der Rückgang der Klagen sei eine „Aufforderung an die Justiz, sich dem Wettbewerb mit anderen Streitlösungen zu stellen.“

Sven Rebehn vom Richterbund fordert die Bundesregierung auf, „rasch eine breit angelegte Studie in Auftrag zu geben, die mögliche Hürden beim Zugang zur staatlichen Justiz offenlegt und Reformvorschläge macht“.

Nutznieser der Situation könnten Rechtsschutzversicherer sein. Sie werben nach Beobachtung von Meller-Hannich offensiv für außergerichtliche Streitbelegungen. Ein Grund: Eine Mediation oder Schlichtung ist oftmals billiger und risikoärmer als ein Prozess. Die Rechtsschutzversicherer haben dabei im Moment weniger Probleme: Die Angst vor rechtlichen Problemen treibt ihnen jedenfalls viele Kunden zu – die Zahl der Verträge ist so hoch wie noch nie. (afp)

kurz notiert

Infos für Prozessbegleiter

Wer Prozessbegleiter in Organisationen werden möchte, kann sich am Donnerstag den 18. Januar in Hamburg über einen Aufbaukurs der Lüneburger Mediationsstelle „Brückenschlag“ informieren, und zwar in der „Kaffeewelt“, Böckmannstraße 3–4. Um Anmeldung wird gebeten, nähere Infos gibt es im Netz auf www.bs-ig.de.

Mediationsinstanzen in Jobcentern?

Arbeitsmarktexperten fordern unter anderem die Einrichtung von vorgerichtlichen Klärungs- und Mediationsinstanzen bei Konflikten in Jobcentern. Der Vorschlag ist Teil eines Ideenkatalogs zu einer erklärten radikaleren Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik, um mehr Langzeitarbeitslose in Jobs zu bringen. Matthias Knuth vom Institut Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg-Essen schlägt in diesem Zusammenhang vor, sich von der Leitidee von Hartz IV zu verabschieden. Erfolgreich könnten die Jobcenter in Sachen Vermittlung nur sein, wenn es ihnen gelinge, die Selbstbehauptungskräfte ihrer „Kunden“ zu stärken. Neben Mediationsinstanzen bedeutet das für Knuth einen Umgang in den Behörden auf Augenhöhe, die ernsthafte Berücksichtigung von Wünschen der Klienten sowie den Abschluss von Eingliederungsvereinbarungen nur auf freiwilliger Basis.

www.konfrontative-paedagogik.de



Die Beschäftigung und Auseinandersetzung mit gewaltbereiten Erwachsenen und Verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen, hat sich, von einer zunächst periodenhaften Erscheinung, zu einem Dauerthema und einer fachlichen Auseinandersetzung entwickelt. Überforderungen der pädagogischen Fachkräfte aus Jugendhilfe und Schule, Mitarbeitende aus Justiz, Behörden und anderen Bereichen mit Gewaltpotential, sind hierbei keine Seltenheit.

Doch die Ohnmacht dagegen lässt sich mit unseren Ansätzen und Methoden durchbrechen, um gewalttätige Situationen zu verhindern oder zu deeskalieren.

Das Anti-Aggressivitäts-Training & Coolness-Training (AAT/CT®) nutzt verschiedene Ansätze der Gewaltbearbeitung und Gewaltprävention. Unsere Erfahrungen der letzten Jahre haben verdeutlicht, dass erst eine fachliche Kombination der unterschiedlichen Ansätze, den zahlreichen Erscheinungsformen und der Komplexität von Gewalttaten gerecht werden. In der Zusatzqualifikation werden die verschiedenen Methoden zu einem pädagogisch herausfordernden Arbeitsstil gebündelt. So steht für die unterschiedlichen Phänomene gewalttätigen Verhaltens ein umfassendes und differenziertes Handlungsspektrum zur Verfügung. Wohlwollende aber konsequente Pädagogik wird so zu einem erfolgreichem Werkzeug im Umgang mit dem Thema Gewalt.



Academia Mediacion Balear

Intensivausbildung zertifizierter* Mediator

reichlich Sonne, preisgünstig in gut 10 Tagen auf Mallorca
Kurse im Feb. (nicht mehr buchbar), Mai, Sept. u. Okt. 2018
Auskünfte u. Kontakt: academiamediacion@gmail.com
* nach § 6 Abs. 1 ZMediatAusbV

Mediation seit 1996

Petra Stolter	Jens Hummel	Stefan Michalke
Rechtsanwältin	Rechtsanwalt	Rechtsanwalt
Notarin		Notar
Mediatorin (BAFM)	Mediator (zertifiziert)	Mediator (zertifiziert)

Mediation - Cooperative Praxis - Beurkundung von Mediationsvereinbarungen

Hamburger Straße 20, 24558 Henstedt-Ulzburg

anwaltsbuero@t-online.de www.ra-bshm.de Tel: 04193 98 270



Universität Hamburg
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

ZENTRUM
FÜR WEITERBILDUNG

KONFLIKTBERATUNG UND MEDIATION

Berufsbegleitende Weiterbildung an 13 Wochenenden
von April 2018 bis Januar 2020

- Gesprächsführung
- Einzelberatung
- Emotionsmanagement
- Mediation
- Machtstrukturen und Hierarchie
- Rechtsfragen
- Organisationsentwicklung
- Supervision

Infoveranstaltung am 22.02.2018

MEDIATION IN GRUPPEN UND TEAMS

Aufbauende Weiterbildung für ausgebildete Mediatorinnen und Mediatoren

kompakt an 4 Wochenenden von Februar bis Juni 2018

Zentrum für Weiterbildung
Michaela Tzankoff
michaela.tzankoff@uni-hamburg.de
Tel. +49 40 42838-9715, -9700
www.zfw.uni-hamburg.de/konflikt

